



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 265.10 / 14.05.2010**

## Schleswig Holstein steht für eine tolerante Gesellschaft: Homophobie aktiv bekämpfen!

Anlässlich des Aktionstages gegen Homophobie am 17. Mai 2010 sagte die sozial- und gleichstellungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Marret Bohn**:

„Feindseligkeiten gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und trans- oder intersexuellen Menschen sind in der Gesellschaft leider noch weit verbreitet. Da ist Schleswig-Holstein keine Ausnahme. Viele schwule Männer und lesbische Frauen müssen Schmähungen und Aggressionen bis hin zu offener Gewalt über sich ergehen lassen. Wir Grüne wollen die Akzeptanz kultureller und sexueller Vielfalt fördern. Wir wollen erreichen, dass sich Schleswig-Holstein mit einem Aktionsplan gegen Homophobie zu einer gleichberechtigten und toleranten Gesellschaft bekennt, und diese durch konkrete Maßnahmen unterstützt.“

Weiter zum Thema sagte der Sprecher für soziale Gerechtigkeit der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Rasmus Andresen**:

"Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir für die Maisitzung des Landtages mit einem Grünen Plenarantrag Eckpfeiler für die Bekämpfung der Homophobie in Schleswig-Holstein vorgelegt. CDU und FDP müssen zeigen, ob sie ihren Koalitionsvertrag ernst nehmen, und aktiv etwas zum Schutz von sexuellen Minderheiten unternehmen wollen. Wir fordern, dass Toleranz und Aufklärung über homosexuelle Lebensweisen in Kitas, Schulen und der Jugendhilfe Berücksichtigung findet. In der Erziehung von jungen

Menschen wird der Grundstein für eine tolerante Welt gelegt, deswegen wollen wir im Bildungssystem anfangen.

Aber auch bei religiösen Glaubensgemeinschaften oder im Sport ist Homosexualität oft ein Tabuthema. Die Schleswig-Holsteinische Politik darf hier nicht aus der Verantwortung gelassen werden.“

\*\*\*